

Am 2. Juli 2005 fand ein **familienpolitischer Kongress** mit anschließender Diskussion im Plenarsaal des Landtages von RLP in Mainz statt.

Das Thema:

Neue Perspektiven für Familien in Deutschland

Wurde auf Einladung der **Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.** zur Diskussion gestellt.

Christoph Kannengießer, stellv. Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, eröffnete die Veranstaltung und begrüßte folgende Referenten:

- Dr. Christoph Böhr MdL, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag RLP
- Silke Lautenschläger, Staatsministerin für Soziales des Landes Hessen
- Axel Thelen, AducCare, Köln
- Ilse Wehrmann, Abteilungsleiterin der Bremischen Ev. Kirche
- Dr. Harald Seehausen, Frankf. Agentur für Innovation u. Forschung
- Ingo Röthlingshöfer, Bürgermeister der Stadt Neustadt
- Prof. Dr. Maria Böhmer MdL, stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Eine kurze Zusammenfassung mit Kommentar
von



Gernot FRANZ

Thema der Veranstaltung:

Neue Perspektiven für Familien in Deutschland

Das von der Koordinatorin für Frauen- und Familienpolitik Frau Christine Henry-Huthmacher (Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.) ausgelegte, 46 Seiten starke Arbeitspapier (Nr. 144/205) mit dem Thema "Kinderbetreuung in Deutschland – Ein Überblick" beschäftigt sich mit den Themen Kinderbetreuung, Qualität und Quantität der Kinderbetreuung, den verschiedenen Betreuungsformen und Angebotsstrukturen.

Dr. Christoph Böhr MdL, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag RLP, sprach über "Neue Perspektiven für Familien in Deutschland".

Er stellte die Frage nach der Zukunft der Familie in Deutschland und vertrat die These, dass die Familie kein Auslaufmodell sei.

Befragungen unter Jugendlichen im Alter von 10–16 Jahren hätten ergeben, dass sich etwa 80% der Befragten eine Familie und Kinder wünschen, ein stabiler Wert seit etwa 50 Jahren. Andererseits steigt die Zahl der Ehescheidungen an und die Geburtenrate sinkt stetig. Die Zuwanderung sei keine Lösung, um mehr Kinder zu haben.

Als Probleme nannte er:

1. Die Lebensplanung der jungen Menschen habe sich verändert, er verwies auf die langen Studienzeiten von Abiturienten, die verlängerte Phase des Berufseinstiegs nach dem Studium;
2. Scheidungen fördern den Berufseinstieg nicht, weil dies eine rein existentielle Frage werde;
3. Mütter, die die Erziehungszeiten nutzen, hätten Schwierigkeiten des beruflichen Wiedereinstiegs;
4. Die Arbeitswelt sei nicht familienfreundlich;
5. Der Selbstbehauptungswille verhindere den Kinderwunsch.

Dr. Böhr verwies aber auch auf die Potentiale der Familie als den Ort, wo die Kinder wichtige Verhaltensweisen für ihr persönliches Leben und den wirtschaftlichen Erfolg erlernen.

Familienpolitik solle nicht wegen leerer Rentenkassen oder aufgrund der demographischen Entwicklung diskutiert werden, sondern sie trage ihren Wert in sich selbst. Die Familie erbringe wichtige Leistungen für die Gesellschaft und deswegen dürfen die Kosten, die daraus erwachsen nicht privatisiert werden.

Ein neues Steuerrecht solle die Familien entlasten. (vgl. Vorschläge F. Merz CDU) Familien müssen selbst entscheiden können, wie sie sich organisieren. Deshalb wird der Kinderbetreuung, der Frühförderung und den familiennahen Dienstleistungen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Frau Silke Lautenschläger MdL, Staatsministerin für Soziales des Landes Hessen, sprach über "Tagesmütter und frühkindliche Bildung".

Die Ministerin konstatierte, dass sich in Deutschland ein "Mentalitätenwechsel" vollzogen habe. **Der Streit zwischen den konkurrierenden Rollenbildern sei zugunsten des feministischen Frauenbildes entschieden worden.**

Aus diesem Grunde richtet sich Familienpolitik nun vor allem darauf, dem Gegensatz zwischen Kinderwunsch und **Selbstverwirklichung** der Frau durch eine verbesserte Kinderbetreuung Rechnung zu tragen. Es bestehe ein hoher Bedarf an Kinderbetreuung für Kinder unter 3 Jahren. Dieser solle durch die verstärkte Einrichtung von Kinderkrippen und die Förderung der Tätigkeit von "Tagesmüttern" bedient werden.

Ihr Anliegen sei es, die Tagesmütter aus der "Schmuddelecke" zu holen, deren Image aufzuwerten und diese Tätigkeit in neu zu schaffende sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten umzuwandeln (bisher oft als Schwarzarbeit angeboten). Dazu werden "Tagespflege-Büros" gefördert, die die Tagesmütter fachlich qualifizieren, beraten und als Servicestelle für Anfragen und Vermittlungen zur Verfügung stehen.

Ab dem Jahr 2006 soll es dann Pflicht für die Tagesmütter werden, sich zu qualifizieren (auf Nachfrage: Anforderungsprofil fehlt bisher).

Dafür stehen Fördermittel des Landes zur Verfügung. Nicht zuletzt aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit hätten hier Frauen (und auch Männer???) eine neue berufliche Entwicklungsmöglichkeit.

Ziel der Bestrebungen sei es, dass die Tagesmütter von dieser Tätigkeit ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Das Land Hessen habe aus diesem Grunde eine Werbekampagne für die Tätigkeit als Tagesmutter gestartet, wobei der Schwerpunkt die Betreuung von Kindern im Alter von 0-3 Jahren sei, aber auch die Nachmittagsbetreuung sei ein Thema. Da stabile Betreuungspersonen für die Kinder wichtig sind, sollen zusätzlich auch **Notmutterdienste** eingerichtet bzw. Kooperationsstrukturen mit anderen Trägern der Kinderbetreuung geschaffen werden.

Weiterhin informierte die Ministerin darüber, dass im Land Hessen Bildungs- und Erziehungspläne für die Kindergärten erarbeitet werden. Ausgangspunkt dieser Planungen seien die Bedürfnisse der Kinder. Bereits im Kindergarten könne das Lernen beginnen, denn Kinder sind neugierig und wollen ihre Welt erkunden. Dazu wurde ein Projekt ins Leben gerufen, für das es zahlreiche Bewerbungen gäbe. Kindergarten, Grundschule und Kooperationspartner der Kinderbetreuung sollen gemeinsam einen Bildungs- und Erziehungsplan umsetzen. Die Finanzierung solcher Vorhaben sei mitunter nicht notwendig, da zuerst vorhandene Strukturen besser und zielgerichteter genutzt werden sollen. Die Eltern werden in die Bildungs- und Erziehungsarbeit des Kindergartens einbezogen.

Herr Axel Thelen, AducCare, Köln stellte sein Modell des Bildungskindergartens als Lernwerkstatt vor.

Der Kindergarten sei ein Ort,

- wo die Kinder tiefgreifende Erfahrungen sammeln können
- Geborgenheit erfahren
- sich ausprobieren, entdecken, Ideen verwerfen
- Ernst und Spaß erleben
- Einfluss nehmen können
- sich ihre Fenster in die Welt bauen
- wachsen können, individuell und gemeinsam
über sich selbst hinaus wachsen können

Deshalb sind die Bildungskindergärten Lern-Orte und eine wichtige Grundlage für die gesellschaftliche Zukunft.

Hier können die Kinder **Ich-Kompetenz, Sozialkompetenz, Basiskompetenzen** und **Lernkompetenzen** erwerben.

Aus diesem Konzept ergeben sich neue Anforderungen an die Pädagogen und Pädagoginnen und die Gesellschaft.

Die Gesellschaft sollte:

- Systeme bereit machen für die Kinder im Alter von **0 - 10 Jahren**
- Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen zu definieren, denn
 - Betreuung sei nicht gleich Bildung
 - Bildung aber beinhaltet Betreuung
- Qualität und Effizienz fördern sowie
- durch Evaluation unterstützenden

Ilse Wehrmann, Abteilungsleiterin der Bremischen Ev. Kirche fordert einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik, d.h. die Kinder sollen endlich in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gestellt werden. Sie verwies auf die mangelnde fachliche Ausbildung der Erzieherinnen. Insbesondere fehlen oft die diagnostischen Fähigkeiten. Es gäbe bis heute keinerlei verbindliche inhaltliche Richtlinien zur Betreuungstätigkeit, ebenso keine Qualitätskontrolle. Sie sieht ein großes Problem beim Übergang der Kinder vom Kindergarten in die Grundschule.

Dr. Harald Seehausen, Frankf. Agentur für Innovation u. Forschung stellte verschiedene Modelle betrieblich geförderter Kinderbetreuung vor, wie sie beispielsweise von der Commerzbank in Frankfurt und BASF in Ludwigshafen finanziert wurde.

Ingo Röthlingshöfer, Bürgermeister der Stadt Neustadt sprach über die positiven Erfahrungen in seiner Stadt mit der von ihm organisierten Kindertagesstättenbetreuung, die hauptsächlich von der Kommune und kirchlichen Trägern übernommen wird.

Prof. Dr. Maria Böhmer MdL, stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag wies darauf hin, dass Zukunftssicherheit vor allem einen sicheren Arbeitsplatz erfordert, um sich für Kinder entscheiden zu können. Gleichzeitig fordert sie eine neue(?) Väterpolitik.

Eine neue Väter-Politik?

Der Kommentar:

Die Fragen, die von Dr. Böhr aufgeworfen wurden, sind sicher wichtige Fragen zur Perspektive von Familien in Deutschland.

Leider wurden in den nachfolgenden Diskussionsbeiträgen keine Antworten auf diese vorgenannten Themen und Fragen gegeben und der Eindruck vermittelt, dass eine umfassende und qualitativ bessere Kinderbetreuung zu höheren Geburtenraten und zu stabileren Familien führt.

Das Rollenbild von Mann und Frau, von Mutter und Vater ist in allen Gesellschaftsgruppen – so auch die klare Aussage der Politiker - zugunsten des **feministischen** Frauenbildes entschieden! - Und **FRAU** hat das Sagen.

Auf das Problem der viel zu geringen Geburtenraten hat die CDU ähnliche Antworten wie die SPD.

Die einzige Lösung sieht sie in

1. neuartigen, finanziell geförderten Kindertagesstätten (KiTa), die betrieblich, privat oder öffentlich betrieben werden sollen.

Die Ausbildung bzw. Qualifizierung des Betreuungspersonals ist heute nicht geregelt, es bestehen unterschiedliche Anforderungsprofile, die jedoch völlig unzureichend sind.

Ein Qualitätsstandard, wie auch Qualitätsprofile sind nicht vorhanden.

2. Tagesmütter-Stellen, die in eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit gebracht werden sollen.
Ausbildungen zur betreuenden Tagesmutter sollen durch einen Kurzlehrgang ersetzt werden.

Es sind alles **Schein-Lösungen**, allenfalls Versuche, den plakatierten wirtschaftlichen Problemen entgegenzutreten. Leider wird auf Probleme immer nur reagiert und nicht versucht, neue Modelle der Familienpolitik zu entwickeln oder gar neue Wege zu überdenken.

Frauen – so will die Politik - sollen sich nicht mehr selbst um ihre Kinder kümmern müssen, sondern die Kinder, möglichst zu jeder Zeit (also - *rund-um-die-Uhr*) in einer KiTa abgeben können. Die Erziehung wird weitgehend externem Betreuungspersonal überlassen, die Bezugspersonen des Kindes werden dadurch unkontrolliert erweitert, damit die moderne Frau ihrer eigenen Karriere und Selbstverwirklichung nachgehen kann.

Das soll die Lösung sein? –

Werden Mütter durch ihre eigene postfeministische Politik nun auch noch zu "Gebärmaschinen" des Staates stilisiert?

Die ersten 3 Lebensjahre sind für die Entwicklung des Kindes unstrittig die wichtigsten des Lebens und die Mutter kann niemand ersetzen.

Unstrittig ist, wenn diese emotionelle Bindung fehlt oder gestört ist, werden die Kinder später – und das ist nachgewiesen - auffällig, kriminell, drogenabhängig.

Wieder einmal werden die **Kinder** nicht in den Mittelpunkt der Situation gestellt.

Die vielen kritischen Stimmen der Gäste und Zuhörer wurden vom Fernsehen im Landtag aufgezeichnet, in SWR-aktuell am gleichen Abend so gekürzt und herausgeschnitten ausgestrahlt, dass man sich Gedanken machen muß, ob nicht auch die Presse eine große Mitverantwortung für falsche Lebensbilder, falsche Familienansichten und Männer-Diskriminierungen trägt.

Was fehlt sind unvoreingenommene Diskussionen auch zum Thema WERTE in unserer Gesellschaft, wie auch Anleitungen für Kinder und Jugendliche zu Familie und Familienplanung in den Schulen sowie deutliche Korrekturen im Bildungswesen.

Ich selbst wollte von Frau Prof. Dr. Maria Böhmer wissen, was sie denn unter einer **neuen Väterpolitik** verstehe, ging am Ende der Veranstaltung auf sie zu und frage höflich:

"Frau Professorin Böhmer, darf ich Sie zu Ihrer letzten Ausführung etwas fragen?"

"Ja, gerne", antwortete sie. Ich fragte vorsichtig weiter ...

"Was verstehen Sie unter einer neuen Väterpolitik? – Heißt dies vielleicht auch, dass viele vom staatlich geduldeten Umgangsboykott betroffenen Väter künftig eine Chance hätten, ihre eigenen Kinder wieder bzw. wieder öfter sehen zu dürfen?" – Sie überlegte kurz und antwortete mir:

"Ach, aus dieser Ecke kommen sie, ich habe dafür jetzt keine Zeit", und ging umgehend.

Ist das die angemessene Antwort einer hochrangigen Professorin MdL-Politikerin und stellv. Vorsitzenden im Deutschen Bundestag?

Was unter der neuen Väter-Politik zu verstehen ist, bleibt vorerst ein Geheimnis.

Die Familienpolitik der CDU ist eine **dramatische** Fehlentwicklung, die zu Lasten der Kinder, deren Eltern und den nächsten Generationen geht.

Dazu müssen wir alle deren Unsinn wieder einmal mit finanzieren!

Wann endlich wachen die Politiker auf und steigen von ihren hohen Ross?

Literaturhinweise:



Christine Henry-Huthmacher (Hrsg.): Leise Revolutionen – Familien im Zeitalter der Modernisierung. Freiburg u.a. 2002.

Dieses Buch enthält Aufsätze verschiedener Autoren, auch eine repräsentative Studie über Vaterschaft in Deutschland von Wassilos E. Fthenakis und ist eine gute Grundlage, um die Zusammenhänge und die Gesamtproblematik besser verstehen zu können.



Was ist bloß mit den Männern los?
Brigitte – Das Magazin für Frauen.
Heft Nr. 11, Mi. 11.5.2005

Der Artikel ist in sofern interessant, um weitere Erkenntnisse über den Mann aus postfeministischer Sicht zu bekommen und, wie Frauen künftig sich dem Mann gegenüber positionieren sollen.

Werden unsere Kinder & Enkel in Wohlstand leben?
Wirtsch. u. soziale Lage in Deutschland
Demograf. Ursachen (mit Pressespiegel)

Familien – ausgebeutet durch Sozial- und Steuergesetze, Sozialkritische wissenschaftliche Aufarbeitung und Analyse
Prof. Dr. Hermann ADRIAN, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Anschriften:

Konrad-Adenauer-Stiftung:

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
eMail: zentrale@kas.de
Ansprechpartner: Christine Henry-Huthmacher
Kordinatorin Frauen- und Familienpolitik
Telefon: (02241) 246-293

Prof. Dr. Hermann ADRIAN

Staudinger Weg 7, 55128 Mainz
Telefon: (06131) 392-3637
eMail: Hermann.Adrian@uni-mainz.de

Bericht und Kommentar:

:

Gernot FRANZ
Postfach 2005, 55010 Mainz
eMail: gernotfranz@web.de